

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

nur wenige Tage nach dem Politik- und Mediensturm, den eine angeblich „rechtsradikale“ Besetzung der Reichstagstreppe ausgelöst hatte, wurden zwar die besonnenen Stimmen derjenigen Beobachter immer lauter, die bei der „Aktion“ auch eine eher linksradikale „Regenbogenfahne“ gesehen hatten und/oder die darauf hinwiesen, daß in der Vergangenheit bereits „Umweltschutzorganisationen“ Banner am Reichstagsgebäude befestigt hatten, ohne daß sich das offizielle Berlin darüber echauffierte. In den Massenmedien fand man darüber naturgemäß nichts.

Die wenig später folgenden Unruhen im Leipziger Stadtteil Connewitz trafen auf ein anderes offizielles Echo: Politik und Medien kamen zwar nicht umhin, diese zur Kenntnis zu nehmen, doch damit hatte es auch sein Bewenden. Die eingesetzten Polizisten wurden nicht zu „Helden“ erklärt, es gab keine Verhaftungen und kein Politiker machte sich Sorgen um den Fortbestand der Demokratie. Dabei waren die Proteste „heftig“, um es zurückhaltend auszudrücken. Auf die eingesetzten Polizisten flogen Flaschen, Steine, Böller und Molotowcocktails. Die Angriffe waren nach Beobachterauskunft heftig und ein dadurch völlig desorientierter Polizeiwagenfahrer fuhr auf ein anderes Einsatzfahrzeug auf. Die Polizisten mußten wieder einmal um Leib und Leben bangen, doch eine „Heldenehrung“ durch den Bundespräsidenten wird auf sich warten lassen. Urheber dieser Krawalle waren schließlich mehrheitlich linksextreme „Antifa“-Kräfte, zu denen sich ja auch die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken unlängst bekannte . . .

Währenddessen kreuzen wieder zwei deutsche Schiffe durch das Mittelmeer, um angebliche „Flüchtlinge“ aufzunehmen und möglichst in das Land ihrer Wahl – also nicht den nächstgelegenen Hafen – zu bringen. Es ist zum einen die von der Evangelischen Kirche unter ihrem Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm initiierte „Sea Watch 4“, die von der in diesem Zusammenhang bereits hinreichend bekannten Kapitänin Carola Rackete kommandiert und u.a. aus Kirchensteuern finanziert wird. Zum anderen ist es die nach einer revolutionären Anarchistin des 19. Jahrhunderts benannte „Louise Michel“, die von dem aus der Anonymität heraus agierenden „Streetart-Künstler Banksy“ wesentlich finanziert und von der Yacht-Kapitänin Pia Klemp gesteuert wird.

Gegenüber der „The Guardian“ gab Klemp, gegen die in Italien nach wie vor wegen Schlepperei ermittelt wird, nun einen Einblick in die dahinterstehenden Motive: „Es geht nicht um humanitäre Seenotrettung. Es ist Teil des antifaschistischen Kampfes.“ Die zehn Besatzungsmitglieder der „Louise Michel“ identifizieren sich laut Guardian „alle als antirassistische und antifaschistische Aktivisten, die für radikale politische Veränderungen stehen“. Und weiter hieß es: „Als feministisches Projekt dürfen nur Frauen im Namen der Louise Michel sprechen.“

Klemp – und mutmaßlich auch Rackete und die dahinter stehenden Kräfte – nutzen Menschen, die sich zumeist mit Schlepperhilfe selbst in Seenot brachten, als Werkzeuge in ihrem Kampf gegen u.a. diejenigen europäischen Kräfte, die die Grenzen ihrer Länder soweit dies geht und erforderlich scheint, schützen und bewahren möchten. Es sind laut der mailändischen Tageszeitung „Il Giornale“ „Piraten der Dritten Welt, die die Grundlagen der westlichen Welt untergraben, rechte Parteien bekämpfen und das Gesetz ihrem Willen beugen wollen“.

Dabei war Pia Klemp zumindest in der Vergangenheit auch bereit, Menschenleben zu riskieren. Laut einem von dem Berliner Verein „Sea-Watch“ veröffentlichten Video soll sie sich am 6.11.2017 in eine laufende Seenotrettungsaktion der libyschen Küstenwache eingemischt haben, indem sie vorwiegend nigerianische Migranten dazu aufforderte, sich den libyschen Rettungsmaßnahmen zu widersetzen und ins Wasser zu springen. Es kam zu Todesopfern und ein Sprecher der libyschen Küstenwache sprach in Bezug auf Klemp von einem „Wolf im Schafspelz“.

Rackete, dies nur zur Erinnerung, wurde im Juni 2019 von den italienischen Behörden verhaftet, nachdem sie mit ihrem Schiff die Zufahrt zum Hafen von Lampedusa erzwungen und dabei mehrere italienische Beamte in Lebensgefahr gebracht hatte. Sie wurde nach wenigen Tagen aber wieder freigelassen und die gegen sie gerichtete Anklage wurde im Januar 2020 endgültig fallengelassen. Gleichwohl läßt auch diese Aktion einen tiefgreifenden Schluß auf das Welt- und Menschenbild dieser „antifaschistischen“ Kapitänin zu. (tb)

2 **Malta plant „schwimmendes Lager“ für Flüchtlinge**

Malta beabsichtigt, etwa 350 Migranten auf einem 130 Meter langen Fährschiff unterzubringen. Auf der Insel erhofft man sich von diesem Projekt, das jeden Monat etwa 1 Million Euro kosten dürfte, vor allem einen besseren Schutz vor Infektionskrankheiten wie z.B. Corona. (tb)

3 Europa bleibt „Flüchtlingsmagnet“

Auch fünf Jahre nach dem „Wir schaffen das“-Satz von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) versinkt die seitdem immer wieder beschworene Bekämpfung der Fluchtursachen in vielen der betroffenen Länder in Krieg und Chaos. Der Krieg in Syrien währt beispielsweise nun schon seit rund zehn Jahren, ohne daß ein Ende absehbar wäre. Auch der zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei in diesem Zusammenhang geschlossene „Flüchtlingspakt“ erfüllt nach wie vor nicht die in ihn gesetzten Erwartungen. Von 2017 bis 2019 kamen jedenfalls immer noch mehr als 130 000 Asylsuchende allein aus Syrien nach Deutschland. Und selbst ein – derzeit kaum zu erwartender – Friedensschluß in Syrien würde wohl nur die wenigsten dieser Menschen zu einer Rückkehr in die Heimat bewegen.

Im Irak gibt es ebenfalls keine Aussicht auf eine baldige Stabilisierung der Lage des Landes. Man leidet noch unter den Folgen des Krieges von 2003, als die USA Diktator Saddam Hussein stürzten, ohne einen Plan für die Restrukturierung des Landes in Petto zu haben. Das mit seinen Ölvorräten eigentlich reiche Land leidet anhaltend unter Korruption und Mißwirtschaft. Und für viele Iraker ist zudem der Einfluß des „großen“ Nachbarn Iran ein weiteres Ärgernis.

Ähnlich sieht es in Afghanistan aus, das seit dem Einmarsch von Sowjettruppen im Jahr 1979 praktisch nicht mehr zur Ruhe kam. Mehr als 5 Millionen der ursprünglich 35 Mio. Einwohner waren bzw. sind seitdem auf der Flucht. Etwa zur Hälfte im eigenen Land, zur anderen Hälfte im Ausland, oft in Europa. In Griechenland erreichen auch in diesem Jahr bisher weitaus mehr Afghanen Europa auf dem Weg über die Türkei als z.B. Syrer. Flüchtlinge kommen darüber hinaus auch aus der Türkei selbst, wo sich unter „Teil-Diktator“ Recep Tayyip Erdogan die innenpolitischen Konflikte immer weiter verschärfen. Ohne daß die „Jedermann-Medien“ dies gerne thematisieren, suchten zwischen 2017 und 2019 allein in Deutschland an die 30 000 verfolgte Türken Schutz.

Auch aus dem Iran kamen in den letzten Jahren Tausende Menschen nach Westeuropa, vornehmlich ebenfalls über die Türkei. Ähnlich wie im Irak wächst in der Islamischen Republik die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime. Mit den US-Wirtschaftssanktionen ist darüber hinaus der für das Land wirtschaftlich überlebenswichtige Öllexport auf nur noch 10 % des ehemaligen Spitzenwertes gesunken. Im Libanon haben schließlich nach der Explosion in Beirut immer mehr Menschen die Hoffnung auf eine für sie vorteilhafte Erneuerung ihres Landes aufgegeben. Suchten bereits vor der Detonation viele Libanesen neues Glück im Ausland, ist deren Zahl seit dem Unglückstag (4. August) auf täglich mehr als 4000 gestiegen. (tb)

4 EU-Milliarden verpuffen wirkungslos

Es ist seit Jahren ein offenes Geheimnis, daß die Europäische Union nicht wenige Länder mit stattlichen Hilfszahlungen versorgt, aus denen zugleich die meisten „Flüchtlinge“ nach Europa streben. Wie viele Milliarden dies jedes Jahr sind, das können Außenstehende nicht mit Sicherheit sagen. Denn die Zahlungen erfolgen (wohlweislich?) aus den verschiedensten Töpfen, die oft kaum etwas miteinander zu tun haben. Der seit dem Jahr 2015 geltende „Aktionsplan für Rückkehr“ scheint jedenfalls nur viel Geld zu kosten und dabei weitgehend wirkungslos zu bleiben. Nach Berechnungen des Europäischen Rechnungshofs geht es dabei jährlich um eine Summe zwischen 500 Milliarden und einer Billion Euro.

Und auch die nun vorgelegten Statistiken, nach denen angeblich 50 % der z.B. im Jahr 2015 nach Deutschland gekommenen „Flüchtlinge“ inzwischen in Arbeitsverhältnissen stünden, bedürfen einer Erklärung. Bei genauerem Hinsehen erkennt man nämlich, daß in den zugrunde liegenden Studien meistens nur jene Menschen erfasst wurden, denen entweder Asyl gewährt wurde und/oder die sich seitdem aktiv darum bemühten, beruflich Fuß zu fassen. Genauso wie 2015 die angeblich „hochqualifizierten Fachkräfte“ nur eine Minderheit unter den nach Deutschland „geflohenen“ Menschen ausmachten, ist es nach verbreiteter Expertenauffassung auch jetzt nur eine Minderheit, die sich um ihr berufliches Fortkommen aktiv kümmert und von der nun die vorstehend genannte „50%-Jubelmeldung“ abgeleitet wurde.

Zu einem europaweit zunehmenden Problem werden dagegen diejenigen Menschen, die weder Asyl noch einen anderen Aufenthaltstitel zugesprochen bekamen und die gleichwohl nicht bereit sind, Europa wieder zu verlassen. Die Abschiebungsquoten sind nicht nur in Deutschland bekanntermaßen gering, und die Sozialsysteme werden entsprechend belastet. Zudem blähen diese Menschen die grauen bis schwarzen Arbeitsmärkte auf (was wiederum zu Einnahmeausfällen bei der Steuer und der Sozialversicherung führt) und sie sind – auch das muß und darf gesagt werden – in den Kriminalstatistiken nicht gerade unterrepräsentiert.

Nach Angaben des in dieser Hinsicht gewiß unverdächtigen Europäischen Rechnungshofs wurden seit 2018 jedes Jahr im Schnitt 500 000 Menschen, und das mit stark steigender Tendenz, zum Verlassen der EU aufgefordert. Doch nicht einmal 40 % der dazu Aufgeforderten gingen in ihre Heimatländer zurück oder wurden abgeschoben. Die mit Abstand höchsten Rückkehrquoten weisen danach Menschen aus den Nicht-EU-Balkanstaaten auf, während die nicht-europäischen Migranten im Schnitt sogar zu etwa 70 % einfach in Europa blieben und bleiben. (tb)

5 Ankara legt sich mit der EU an

Im türkischen Teil Zyperns zog Ankara kürzlich erhebliche Militärkräfte zusammen, um dort ein Manöver abzuhalten. Und als wäre dies für die Republik Zypern und die ganze Europäische Union (EU) nicht provozierend genug, warnte z.B. der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Griechenland vor „schmerzhaften Erfahrungen“ auf dem Schlachtfeld, falls der Konflikt eskalieren sollte. Dahinter stehen glasklare Gebietsansprüche der Türkei auf Teile der Ägäis und des Mittelmeers, unter denen wertvolle Öl- und Gasvorkommen vermutet werden. Sollten nun die von der EU angedrohten Sanktionen Wirklichkeit werden, droht Erdogan längst mit einer Kündigung des ohnehin auf wackeligen Füßen stehenden Flüchtlingsabkommens.

Zu den größten Türkei-Kritikern zählen unter den EU-Staaten inzwischen Frankreich, Griechenland und Zypern. Man hat dabei nicht nur die Öl- und Gasfrage im Blick, sondern auch Ankaras Versuche, mit Einfluß über Libyen und das östliche Mittelmeer an die frühere Herrschaft des Osmanischen Reichs in der Region anzuknüpfen, wobei der Türkei der teilweise Rückzug der USA und der NATO gelegen gekommen sei. (tb)

6 Schweiz stimmt erneut über Einwanderung ab

Ende September entscheiden die Schweizer Stimmbürger im Rahmen einer Volksabstimmung über u.a. eine von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) lancierte Initiative für eine „maßvolle Einwanderung“. Dazu soll die derzeit mit der Europäischen Union geltende „Personenfreizügigkeit“ zugunsten einer wieder kontrollierten Einwanderung beendet werden. Parlament und Regierung sind strikt gegen die Vorlage. Man fürchtet, daß bei einer einseitigen Aufgabe der Personenfreizügigkeit die „Guillotineklausel“ greifen würde, nach der dann auch alle anderen bilateralen Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz (von denen die Eidgenossenschaft stark profitiert) hinfällig würden.

Laut der Initiative geht es vor allem um eine angebliche Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte, Lohn-dumping oder auch steigende Sozialleistungsbezüge von Nicht-Schweizern. Sie ist nicht zuletzt eine Folge der 2014 wegen einer ähnlichen (und vom Volk nur knapp abgelehnten) Initiative, anlässlich derer die Regierung mit einer Meldepflicht für freie Stellen und einem Vorrang für Schweizer Bewerber reagierte. Die Vertreter der aktuellen Initiative werfen nun aber der Regierung vor, seinerzeit nicht hinreichend agiert zu haben.

Die Schweiz hat mit rund 25 % einen beinahe doppelt so hohen Ausländeranteil wie Deutschland mit rund 13 %. Zur Einordnung dieses Wertes muß allerdings auch berücksichtigt werden, daß nicht wenige der in der Schweiz registrierten Ausländer aus deren Nachbarstaaten kommen, also im Regelfall sehr ähnliche gesellschaftliche und religiöse Hintergründe aufweisen. (tb)

7 Baden-Württemberg schob die meisten Straftäter ab

Geht von einem Ausländer eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung aus, können die deutschen Behörden ihn auch bei Vorliegen einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis abschieben. Nach den jetzt für das Jahr 2019 vorliegenden Daten erfolgte dies in 11 081 Fällen, im Vorjahr 2018 waren es erst 7408. Die meisten Fälle betrafen Ukrainer, Albaner und Serben.

Ein Grund für den starken Anstieg im vergangenen Jahr war wahrscheinlich das Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, das mit einigen Verschärfungen einhergeht. Die linke Innenpolitikerin Ulla Jelpke sieht sich durch die gestiegenen Fallzahlen in ihrer alten Kritik an der Gesetzesnovelle bestätigt, laut der man die Betroffenen (im Regelfall rechtskräftig verurteilte Straftäter!) mit der Ausweisung nicht einer „ungerechten Doppelbestrafung“ zuführen dürfe. Zudem, so Jelpke sinngemäß weiter, hätten viele der Betroffenen seit Jahrzehnten ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland und sie würden mit der Ausweisung aus ihren sozialen Bindungen gerissen. „Das ist grausam und falsch“, meint Jelpke, in deren Weltbild offenbar wieder einmal der Täterschutz über dem Opferschutz rangiert.

Das Land Baden-Württemberg verfügte in 2019 mit 3540 Fällen die mit Abstand meisten Ausweisungen. Im SPD-regierten und bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen kam es im gleichen Zeitraum dagegen zu nur 1762 entsprechenden Verfügungen. Im ersten Halbjahr 2020 ging – wohl coronabedingt – die Zahl der Ausweisungen deutschlandweit wieder deutlich zurück. Von Januar bis Juni 2020 waren nach den bis jetzt vorliegenden Zahlen nicht einmal 3500 Fälle zu verzeichnen. (tb)

8 Genossen-Lohn

Nach seinem eher unfreiwilligen Abgang war es um den 2017er-SPD-Vorsitzenden Martin Schulz ruhig geworden, was man durchaus positiv werten kann. Im Gegensatz zu manchem Vorgänger im Parteivorsitz hielt sich Schulz mit Kritik an den eigenen Genossen zurück. Nun soll er offenbar für seine „treuen Dienste“ mit dem Vorsitz über die parteinahe Friedrich Ebert-Stiftung belohnt werden.

Früher galten die parteinahen Stiftungen als wichtige Denkfabriken der Republik. Überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert, sollen sie einen Beitrag zur politischen Bildung leisten, etwa durch Studien und Veröffentlichungen oder auch Stipendien. Inzwischen scheint der Elan früherer Jahre allerdings verloren gegangen zu sein. Dies bei der Friedrich Ebert-Stiftung in noch etwas größerem Maße als z.B. bei ihrem Pendant der CDU, der Konrad Adenauer-Stiftung. Manche Genossen hoffen nun, daß der frühere Europapolitiker Schulz hier wieder etwas mehr Leben einbringen wird.

Schulz' vorrangige Sorge dürfte allerdings den mit den SPD-Wahlergebnissen ebenfalls rückläufigen Finanzen der Stiftung gelten. Wenngleich er als neuer Stiftungschef mit dem operativen Geschäft eher wenig zu tun haben wird, bleibt doch abzuwarten, wie er mit dieser Situation umgehen können. Als Präsident des Europäischen Parlaments war er jedenfalls weniger für seine Sparsamkeit bekannt als vielmehr für sein Bestreben, den Parlamentsapparat mit immer neuen Stellen so weit es ging aufzublähen. (tb)

9 Corona-Warn-App als Vorstufe zur Dauerüberwachung?

Die neue „Wirtschaftsweise“ (so werden die Mitglieder des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung genannt) Veronika Grimm ließ kürzlich durchblicken, daß die mit hohem Millionenaufwand entwickelte „Corona-Warn-App“ der Bundesregierung nur dann Sinn machen würde, wenn sie auf mindestens 80 % aller deutschen Handys installiert wäre. Doch weil sie sich gleichzeitig sicher ist, daß viele Menschen eine derartige Kontroll-App nicht freiwillig auf ihr Smartphone laden werden, ließ sie durchblicken: „Dahin können wir mit einer freiwilligen Lösung nicht kommen.“ Der meistens regierungsnah berichtende Fernsehsender „n-tv“ stellte in diesem Zusammenhang deshalb auch – vielleicht noch etwas zu deutlich – fest: „Aktuell ist . . . die Verwendung der App freiwillig.“ Manche kritische Beobachter sehen darin bereits weitere Schritte auf dem Weg zu einer „Dauerüberwachung auf Schritt und Tritt“. Tatsächlich dürften sich auch abseits von Corona jederzeit „Gründe“ finden lassen, die eine verpflichtende „Warn-App“ sinnvoll erscheinen ließen und die den tatsächlichen Überwachungszweck nicht allzu offenkundig werden lassen. (tb)

10 Das neue „Digital-Duopol“

Während man in Europa über Industriepolitik überwiegend nur spricht, wird sie in und von den USA praktiziert. Dabei ist der Name des jeweiligen Präsidenten praktisch austauschbar – es zählen der langfristige Plan und die gewünschten Ergebnisse. Ein wichtiger Bereich ist dabei die – nennen wir sie einmal so – „digitale Welt“, der Wirtschaftsbereich mit den in Zukunft aller Voraussicht nach größten Wachstumsraten. Und genau hier haben die USA und die Volksrepublik China längst ihre „Claims“ abgesteckt.

Wenn US-Präsident Donald Trump in den letzten Jahren immer wieder einmal mit giftiger Rhetorik gegen Peking vorging, ereiferten sich die Chefs der großen US-amerikanischen Digitalfirmen zwar pflichtgemäß – doch hinter vorgehaltener Hand frohlockten sie: der von Trumps Worten induzierte, neue Ost-West-Konflikt (in diesem Fall mit China statt der Sowjetunion) zwang und zwingt die westlichen Staaten, sich hinter die Digitalfirmen ihrer Hemisphäre zu stellen. Und diese sind nun einmal mehrheitlich US-amerikanischen Ursprungs.

Hierzu zählt auch das von der US-Führung angestrebte Verbot der chinesischen Videoplattform TikTok. Es ist eine schlichte Eindämmungspolitik, die im Westen nur die Quasi-Monopolstellung von „Google & Co.“ zementiert und die damit für diese besser ist als es jedes Konjunkturprogramm nur sein könnte. Für die Zukunft werden auf diese Weise zwei digitale Machtsphären angestrebt. Wer „im Westen“ eine Warenbestellung per Internet erledigen möchte, wird dann kaum mehr um Amazon oder einen seiner Ableger herumkommen. In Chinas Machtbereich wird Alibaba eine praktisch ebenso starke Stellung genießen.

Im Medienbereich im weitesten Sinne sind dann für den Westen Google und Facebook zu nennen. Daß Facebook in China gesperrt ist, hilft wiederum der dort dominierenden sozialen Plattform WeChat, die zu dem Internetkonzern Tencent gehört. In den USA ärgert man sich beim führenden Hardwarehersteller Apple vor allem über die vom Huawei-Konzern ausgehende Konkurrenz. Ohne die von dort ausgehende Spionagegefahr unterschätzen zu wollen, ist jedes Zurückdrängen dieses Konzerns von den US-amerikanischen und europäischen Märkten die wahrscheinlich effizienteste Absatzhilfe für Apple. Doch das wird sich aus keinem Geschäftsbericht herauslesen lassen . . .

Ähnlich verhält es sich mit der Internet-Suchmaschine Google und dessen chinesischem Pendant Baidu. Die Aufteilung der Welt in ein Google- und ein Baidu-Imperium wäre für beide Konzerne von großem Vorteil, wenngleich dies natürlich bei Google niemand offiziell bestätigen möchte.

Im Digitalbereich droht der Welt damit ein US-amerikanisches/chinesisches Duopol. Für die europäischen Firmen gibt es darin – von kleinen, aber lukrativen Nischen einmal abgesehen – keinen Raum mehr. (tb)

11 Welt ohne Zinsen

Nullzinsen, in manchen Fällen sogar „Strafzinsen“ unter Null, begleiten die europäischen Sparer bereits seit einigen Jahren. Für das Ersparte gibt es also keine Zinsen und eine zwar nicht sonderlich hohe, aber beständige Geldentwertung sorgt dafür, daß die Spargroschen jedes Jahr etwas weniger wert werden. Die meisten Sparer trösten sich dabei mit der Illusion, daß diese Nullzinsen nur eine vorübergehende Erscheinung sein dürften und schon bald wieder für die Sparer bessere Zeiten kommen würden. Doch spätestens jetzt dürfte klargeworden sein, daß dieser eigentliche Ausnahmezustand noch für geraume Zeit zur vorübergehlichen Normalität zählen wird. Es braucht wohl erst einen Crash, einen Zusammenbruch des gegenwärtigen Währungs- und Finanzsystems, bis auch geldpolitisch wieder der volkswirtschaftliche Wert des Sparens – und dessen zinstechnischer „Würdigung“ – erkannt und berücksichtigt wird.

Gegenwärtig findet jedenfalls eine dramatische Umwälzung und Umverteilung statt zwischen den Sparern, denen mit Zinsverlust und Geldentwertung ein jährlicher Verlust von rund 4 % ihrer Sparguthaben zugemutet wird, während die hoch verschuldeten und nach wie vor mit dem Geld um sich werfenden Staaten auf diese Weise überhaupt nur noch in die Lage versetzt werden, ihre Schuldenlast zu tragen, ohne den haushaltstechnischen Offenbarungseid ablegen zu müssen. Ins Absurde geführt werden dabei im übrigen auch die bisher gängigen Verfahren der Investitionsrechnung, bei denen Zinsen und Risiken positiv korrelieren, also einhergehen. Doch nun kostet Geld zunächst praktisch nichts, weshalb es auch für manche unsinnige Investition eingesetzt wird. Aber diese „Nullkosten“, das wird gerne übersehen, beziehen sich nur auf die Zinsen. Was ist dann mit der späteren Tilgung?

Die gesellschaftliche Wertschätzung des Sparens, ja auch der Sparer selbst, ist in diesem Zusammenhang längst zurückgegangen. Wer noch die Kunst des bewußten Verzichts zur Erreichung späterer Ziele beherrscht, wer also zu sparen vermag, wird manchmal schon als „Depp“ angesehen. Wer sich jedoch vom „Ersten zum Ersten“ hangelt und dabei auf fremde Hilfe in Form von z.B. Kleinkrediten, Ratenkauf oder Leasing zurückgreift, gilt als modern und lebensfroh. Genau dies ist aber der Weg in eine zunehmend infantilisierte und damit unfreie Gesellschaft. Außerdem kann eine für die Zukunft mehr denn je geforderte private Altersvorsorge auf diese Weise kaum mehr erreicht werden. Die Folge ist eine wohl gewünschte, zunehmende Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen, mithin des Staates. Wir können deshalb getrost davon ausgehen, daß uns die „Nullzinsen“ noch für geraume Zeit begleiten werden, sofern es nicht schneller als erwartet zu einem Zusammenbruch des Systems kommt. (tb)

12 Für Sie aufgelesen (bei Albert Einstein):

„Blinder Glaube an die Obrigkeit ist der schlimmste Feind der Wahrheit.“